Handout

DEUTSCH DENDUNG DER IRAN

Eine unheimliche Allianz

EAG Berlin

INHALT

Einleitung "Deutschland und der Iran"
 40 Jahre Frauentagsdemo in Teheran – Zur heutigen Situation von Frauen im Iran
 Fathiyeh Naghibzadeh (Mideast Freedom Forum)
 Die Iran-Lobby und die Situation der Exil-Opposition
 Dr. Kazem Moussavi (Green Party of Iran)
 Dabei sein ist alles:
 Deutsche Wirtschaftsbeziehungen mit einem Terrorregime

Ulrike Becker (Mideast Freedom Forum)

22 Schiitischer Islamismus in Berlin und der AlQuds-Tag
Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

DEUTSCHLAND UND DER IRAN

Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Jedes Jahr laufen in Berlin anlässlich des Al Quds Tages mehrere tausend antisemitische, homophobe und antifeministische Islamist*innen über den Kudamm. Bis auf die jedes Jahr gleichen wenigen Personen lässt sich der Großteil der Linken dort nicht zum Gegenprotest blicken.

Obwohl es seit Jahren auch einen antifaschistischen Gegenprotest in Abgrenzung zu einem bürgerlichen Bündnis gibt. Doch warum muss das so sein?

Wir, die Emanzipative Antifaschistische Gruppe Pankow, veranstalteten im Mai 2019 eine Vortragsreihe mit dem Titel "Deutschland und der Iran. Eine unheimliche Allianz", um die Situation im Iran und die Beziehungen zwischen Deutschland und dem islamistischem Regime in Teheran zu beleuchten. Fathiyeh Naghibzadeh blickte auf die Geschichte des Geschlechterverhältnisses im Iran zurück und stellte die ambivalente Rolle der Frau innerhalb der islamistischen Ideologie als Heilige und größte Staatsfeindin zugleich heraus. Kazem Moussavi referierte zur Iran-Lobby in Deutschland und die Situation der Exilopposition. Ulrike Becker warf einen Blick auf die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Alle drei Referent*innen richten seit Jahren unermüdlich den Fokus ihrer Kritik auf die Ideologie und Politik des islamistischen iranischen Regimes und die deutsche und europäische Appeasementpolitik gegenüber dem Iran. An zu skandalisierendem Material fehlt es ihnen nicht. Zu nennen ist beispielsweise der Besuch des sozialdemokratischen deutschen Außenministers Heiko Maas in Teheran im Juni 2019.

Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammad Javad Zarif wurde dieser nach der Hinrichtung von Homosexuellen gefragt – und legitimierte diese implizit mit "moralischen Prinzipien". Maas, der vorgibt wegen Auschwitz in die Politik gegangen zu sein, schwieg dazu. Auf Biegen und Brechen soll das von Vorhinein zum Scheitern verurteilte Atomabkommen mit dem Iran gerettet werden.

Nun erwarten wir von der deutschen Sozialdemokratie nichts mehr. Fatal ist jedoch, dass die so wichtige Arbeit unserer drei eingeladenen Referent*innen von einem Großteil der radikalen Linken hierzulande weitestgehend ignoriert wird. Notwendige Kritik an der islamistischen Ideologie wird aus Angst, missverstanden zu werden, soweit abgeschwächt, dass sie ihren Gegenstand nicht mehr trifft oder gleich in kulturrelativistischer und antiwestlicher Manier abgelehnt. Schlimmstenfalls werden Islamist*innen sogar als Bündnispartner akzeptiert wie zuletzt auf der #unteilbar-Demonstration in Dresden. Zu dieser rief ebenfalls der Zentralrat der Muslime (ZMD) auf. Mitglied im ZMD ist u.a. das Islamische Zentrum in Hamburg, ein direktes Sprachrohr des Mullah-Regimes in Deutschland und regelmäßig personell beim Al Quds in Berlin vertreten.

Wir als Gruppe sahen uns auch schon mit dem Vorwurf konfrontiert aus der falschen Position heraus über den Islam zu sprechen. Doch wieso sollten wir das nicht? Wenn wir es wirklich ernst meinen damit, dass "Freiheit nicht östlich oder westlich, sondern universell ist", dann müssen wir gegen jedwede antiemanzipatorischen Bestrebungen von allen Seiten unsere Stimme erheben.

Antifa heißt immer noch unbequem sein. In diesem Falle auch unbequem gegenüber seinen eigenen potentiellen Genoss*innen. Every year, the same shit - es muss sich endlich etwas ändern! In dieser Broschüre kommen deshalb die Vortragenden unserer Veranstaltungsreihe nochmals zu Wort, um ihre Analysen und Strategien im Umgang mit dem Iran darzulegen. Ein Text unserer Gruppe widmet sich den Strukturen des schiitischen Islamismus in Deutschland.

Wir hoffen, dass die Broschüre als Diskussionsanstoß dienen kann, sich innerhalb linksradikaler Positionen mehr mit Islamismus auseinanderzusetzen und Religionskritik als Teil linker und feministischer Kämpfe anzuerkennen, um schlussendlich auch aktiv gegen Islamismus zu werden.

40 JAHRE FRAUENTAGSDEMO IN TEHERAN – ZUR HEUTIGEN SITUATION VON FRAUEN IM IRAN

Fathiyeh Naghibzadeh (Mideast Freedom Forum)

Seitdem 2017 im Iran Frauen begannen, die "Weißen Mittwoche" zu begehen und auf den Straßen gegen das Kopftuch zu protestieren, ist die Islamische Republik in eine tiefe Identitätskrise gestürzt. Ich möchte die neuesten Entwicklungen zum Anlass nehmen, einen Blick zurück auf die Geschichte des Geschlechterverhältnisses im Iran zu werfen.

Darüber soll auch klar werden, dass der Terminus 'Patriarchat' die Frauenunterdrückung im Iran nicht trifft und dass Befreiung nicht durch eine Reform unter dem Gesetz der Sharia möglich ist.

Die heutige gesellschaftliche Stellung der Frau im Iran hängt mit der Entwicklung eines spezifischen Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit zusammen. Sie spiegelt sich wider in der Entwicklung des Familien- und Strafrechts. In der traditionellen iranischen Gesellschaft bis Ende des 19. Jahrhunderts galt das Vaterrecht; das heißt, die Frau war ein Teil des Haushalts, sie hatte in der öffentlichen Sphäre nichts zu suchen. Sie war kein Rechtssubjekt, hatte also keine Rechte, war allerdings auch nicht vor dem Gesetz verantwortlich.

Der Vater als Familienvorstand trat als Vermittler zwischen der Frau beziehungsweise der Familie und der Gesellschaft auf. Er war für alle Handlungen der Frau verantwortlich und hatte die absolute Macht innerhalb der Familie.

Die ersten Frauen, die im Iran Lesen und Schreiben gelernt haben, haben den Austritt der Frauen aus ihrer traditionellen, quasi außergesellschaftlichen Position vorbereitet.

In der konstitutionellen Revolution von 1905 bis 1911 spielten die gebildeten Frauen eine wichtige Rolle. Zum ersten Mal in der iranischen Geschichte erhoben sie zahlreich ihre Stimme und protestierten politisch gegen die Geschlechterungleichheit. Gefordert wurden die Einführung einer Verfassung, eines Parlaments und die Trennung von Religion und Staat.

In der darauf folgenden Herrschaft der Pahlavi-Dynastie versuchte das Königshaus, den Iran autoritär von oben zu modernisieren. Reza Schah verordnete zum Beispiel die Ausweispflicht aller Iraner – auch der Frauen, womit das traditionelle Vaterrecht zumindest relativiert wurde. Er verhängte in den 1930er Jahren ein vollständiges Verbot des Kopftuchs in der Öffentlichkeit und versuchte, den Einfluss des schiitischen Klerus zurückzudrängen. Er stellte die absolute Macht des Vaters in der Familie in Frage – an dessen Stelle trat der "Vater-Staat". So wurde der erste Schritt zur Säkularisierung des Rechts ermöglicht.

Sein Sohn und Nachfolger Mohammad Reza Schah setzte diese Politik unter anderem mit der Reform des Wahl- und Familienrechts im Jahr 1963 und 1968 fort. Frauen sollten das Wahlrecht bekommen, die Polygamie wurde praktisch unmöglich gemacht. Das Scheidungs- und Fürsorgerecht wurde zugunsten der Frau reformiert. Frauen waren bei ihrer Entscheidung für Studium und Lohnarbeit nicht mehr verpflichtet, die Zustimmung des Mannes einzuholen. Alle diese Reformen ermöglichten den iranischen Frauen, ihr Selbstbewusstsein zu stärken.

Die iranische Frau war fortan nicht nur im Dienstleistungssektor beschäftigt, sondern spielte auch in der Regierung und selbst in der Armee eine wichtige Rolle. Eine Folge der Gesetzesreformen war auch, dass nun Frauen, die gegen die Diktatur des Schahs agierten, als politische Gefangene ins Gefängnis geworfen werden konnten. Das Bild der Frau hatte sich bedeutend verändert: vom unmündigen, außergesellschaftlichen Nicht-Subjekt zum "zweiten, schwachen Geschlecht", dem unter der Kontrolle von Staat und Mullahs in eine untergeordnete Rolle innerhalb einer Gesellschaft im industriellen Aufbau zugewiesen wurde.

Diese Reformen stießen in der Gesellschaft auf breite Zustimmung, es bildete sich eine liberale Mittelschicht. Die reaktionäre Gegenargumentation konnte in dieser Situation nicht von Mullahs formuliert werden. Es waren Intellektuelle wie der Sozialist Jalal Al-e Ahmad oder der Soziologe Ali Shariati, die kulturrelativistische und islamistische Positionen gegen die Reformen des Schah propagierten.

Ali Shariati formulierte 1971 die Kritik an der Emanzipation der Frau in der Sprache des antiwestlichen Ressentiments. Die iranische Frau werde durch die Reformen "verwestlicht" und ihrer Identität beraubt. Die Antwort der Islamisten könne aber kein

Zurück zur traditionellen Frauenrolle sein. Sein Buch "Fatima ist Fatima" wurde zum Leitfaden des islamistischen Frauenbilds: Die Frau solle in der Gesellschaft politisch agieren, allerdings unter eindeutigen islamischen Vorgaben.

Ali Shariati beginnt seinen Text mit folgender Kritik an den iranischen Frauen: "In unserer Gesellschaft ändern sich die Frauen rapide. Zeit und Umstände sowie der Einfluss der Institutionen entfernen sie von dem, "was sie sind" und berauben sie ihrer traditionellen Eigenschaften und Werte, um aus ihnen das zu machen, "was sie wollen"; wie wir sehen, haben sie Erfolg damit."

Shariati bezieht sich auf die moderne Frau als Sportlerin, Richterin, Schauspielerin aber auch auf ihr Gegenbild, die traditionell-religiöse Frau. Beide widersprechen Shariatis Ziel: Sein Text ist kein Plädoyer gegen Bildung oder Berufstätigkeit von Frauen, sondern für die islamische Frau, die nicht in einer traditionell-patriarchalischen Familienrolle aufgeht. Ihre ihre öffentlichen Aufgaben soll sie aber nicht als individuelle Selbstverwirklichung, sondern im Namen von 'Gottes Weg' wahrnehmen. Shariati stellt gegen die traditionell-islamische und die modernistische Frau, die Frau mit dem Hijab, die nur als Mitkämpferin des islamistischen Mannes aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

Es wird klar, dass es Shariati um eine Frau ging, die sich nicht als Individuum versteht, aber ihr Leben für den Gottesstaat riskieren soll. Den "Weg Gottes" zu gehen bedeutete für die Frauen beispielsweise, im Krieg gegen den Irak sogar ihre Kinder auf die Minenfelder zu schicken oder ihr Hab und Gut für die Armee zu spenden. Gleichheit der Geschlechter gibt es nicht vor dem Gesetz, sondern vor dem Auge Gottes. Die Frauen mögen rechtlich halb so wenig wert sein wie die Männer, von Gott werden sie jedoch belobigt und ins Paradies geschickt. Das paradiesische Jenseits ist der Lohn des Einsatzes für den Gottesstaat im Diesseits.

Auch unter dem Schahregime gab es wegen der Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Bewegungen keine Frauenbewegung, die organisiert die Emanzipation der Frau vorangetrieben hätte. Aber durch ein plurales Frauenbild war zumindest die Grundlage für den weiteren Kampf um Emanzipation gegeben.

Nachdem sich die Islamisten in der Revolution von 1979 gegen den Schah durchgesetzt hatten, bestanden ihre ersten Maßnahmen in der Abschaffung des Familiengesetzes und der Einführung der Zwangsverschleierung. In modernen bür-

gerlichen Gesellschaften hat die Familie die Funktion, die Normen und Werte dieser Gesellschaften in der Erziehung zu reproduzieren. Im islamischen Grundgesetz wird jedoch nicht die Familie, sondern die Frau institutionalisiert.

Islamische Männlichkeit definiert sich über den Schleier der Frau. Im Westen wird von vielen muslimischen Frauen und Kulturrelativistinnen behauptet, dass das Kopftuch als Schutz gegen Gewalt, Pornographie usw. getragen werde. Aber in Wirklichkeit ist der Hijab nicht für den Schutz der Frau gedacht, sondern er soll den Mann vor der sexuellen Versuchung schützen. Darüberhinaus sollen die Frauen sich sogar voreinander verschleiern. Zum Beispiel in den Schulen, wo alle Schülerinnen und Lehrerinnen weiblich sind. Im Prinzip gehört Geschlechtertrennung an allen öffentlichen und besonders an den staatlichen Orten im Iran zum Alltag. Die Zwangsverschleierung ist also viel mehr als nur ein "Schutz des Mannes". Sie ist das Hauptprinzip des Gottesstaates.

Nach der Revolution hat man mit Hilfe des Hijabs ein dichotomes Frauenbild durchgesetzt: die Frau mit Kopftuch, die entweder Ba-hijab oder Bad-hijab ist.

Ba-hijab bedeutet, gut und sittsam nach den Regeln des Islam verschleiert zu sein.

Bad-hijab bedeutet, schlecht verschleiert zu sein, enge Kleidung zu tragen oder zu viel Haar sehen zu lassen.

Man muss das Konzept dieser beiden Frauenbilder als die zentrale Dichotomie des Gottesstaates verstehen. Beide Frauenbilder sind ideologisch aufgeladen, sie verkörpern alle Gegensätze, die gesellschaftlich, religiös oder politisch existieren. Gut – Böse, Göttlich – Weltlich, Tugend – Sünde, östliches Prinzip – westliches Prinzip, Tradition – Moderne. Die Badhijabfrau verkörpert das böse, westliche, moderne, weltliche Prinzip, die Ba-hijabfrau den anderen Teil: die Tradition, das Gute, das Göttliche.

Die Frau ist nicht mehr traditionell oder modern, berufstätig oder Hausfrau, sie ist nur noch Ba-hijab oder Bad-hijab. Man hat es geschafft, alle anderen Möglichkeiten des Frauseins zu versperren.

Der traditionelle Feminismus sah in der Familie zu Recht eine reaktionäre Institution, die dabei hilft, ein hierarchisches Geschlechterverhältnis aufrecht zu erhalten. Der feministische Slogan 'Das Private ist politisch' zielte auf die Überwindung

dieses Zustands. Die Familie sollte kein Ort mehr sein, an dem die ökonomische, rechtliche und politische Emanzipation durch individuelle männliche Willkür zurückgenommen werden kann.

Für die Islamische Republik stellen die Privatheit und die traditionelle Funktion der Familie jedoch potentielle Bedrohungen dar. Denn weder der Frau noch dem Mann ist es erlaubt, das Geschlechterverhältnis nach eigener Willkür zu gestalten.

Die reaktionäre Institution Familie wird so als einzige relativ staatsfreie Zone der iranischen Gesellschaft paradoxerweise zum Ort relativer Freiheit; oder doch zumindest zum Kampfplatz, auf dem die Gestaltung des Geschlechterverhältnisses im Privaten ausgefochten wird. Diese Spannung zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre hat zu einem rapiden Anstieg häuslicher Gewalt und einer erhöhten Scheidungsrate im Iran geführt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass im Gottesstaat in gewisser Weise die traditionell-patriarchale Familiensituation auf den Kopf gestellt ist: Nicht mehr der Vater fungiert als Vermittler zwischen rechtloser Frau und Gesellschaft, sondern die durch die Sharia entrechtete Ehefrau ist die zentrale Institution, die für die Reproduktion der islamischen Gesellschaft, so wie sie von der religiösen Führung definiert wird, verantwortlich ist.

Dadurch wird die Frau einerseits sakralisiert und zum Ausgangspunkt der islamischen Gesellschaft gemacht; andererseits steht sie unter dem permanenten Generalverdacht, ihre Aufgabe als Reproduzentin der islamischen Normen und Werte nicht zu erfüllen.

Sie ist Heilige und potentiell gefährlichster Staatsfeind zugleich. Aufgrund dieses Generalverdachts muss der islamische Staat andauernd die Aufrechterhaltung der islamischen Ordnung überwachen: Die islamische Geschlechtertrennung muss über die Zwangsverschleierung sichergestellt werden, deren Einhaltung wiederum durch die Omnipräsenz der Sittenpolizei garantiert wird.

Das islamische Regime im Iran hat mit der Ba-Hijab – Bad-Hijab – Dichotomie ein geniales Herrschaftsmittel erfunden.

Der totalitäre Herrschaftsanspruch des Gottesstaates wird als Konflikt zwischen zwei Typen von Frauen präsentiert:

Der Ba-hijab-Frau, die vielleicht vorsichtig Reformen fordert, wird das Schreckbild der westlich verdorbenen Bad-Hijab Frau entgegengehalten, mit der Anklage: "Willst Du so wie diese Perverse werden?" Die Bad-Hijab Frau wird dagegen vor allem als Ver-

derberin der züchtigen Ba-Hijab-Frau vorgeführt und bedroht. Das ist der Grund für den Versuch der säkularen Frauen, diese Dichotomie aufzubrechen. Und das ist auch der Grund, warum alle im Westen umjubelten vermeintlichen Reformbestrebungen unter den Gesetzen der Scharia gescheitert sind.

Die Islamische Republik ist auch nach vierzig Jahren noch das Zentrum und der Motor des islamistischen Fundamentalismus

Wenn in Deutschland und Europa über diesen Fundamentalismus geredet wird, geht es meistens um seine spektakulärsten Ausprägungen: Salafistische Internetprediger, den Terror von ISIS, öffentliche Hinrichtungen in Saudi-Arabien.

Der Unterschied zum Iran ist jedoch: ISIS ist nach wenigen Jahren als Kalifatstaat am Ende. Saudi-Arabien und die arabischen Golfstaaten hatten ihre islamische Propaganda in Reaktion auf Khomeinis Machtübernahme ausgeweitet und müssen sie jetzt zurücknehmen, um gemeinsam mit den USA und Israel gegen das iranische Regime vorzugehen.

Dieses iranische Regime kann die arabischen Staaten dagegen mit einigem Recht als Verräter an der islamistischen Sache beschimpfen. Und auf diese islamistische Sache, den Kampf gegen Amerika und Israel und für die Geschlechterapartheid lässt sich die Daseinsberechtigung der Islamischen Republik reduzieren. Sie sind die außen- und innenpolitische Seite ein und derselben Medaille.

Dieser Zusammenhang zeigt sich jetzt aktuell, wo der Druck aus Amerika auf die Islamische Republik steigt:

Die Mullahs erhöhen in dieser Situation den Druck auf die schlecht verschleierten Frauen auf den Straßen. Sie schimpfen auf Schulen und Universitäten, die angeblich ihren islamistischen Erziehungsauftrag nicht konsequent genug erfüllen. Die Herrschenden halten die Frauen für die fünfte Kolonne des Westens. Verschärfen sich die Auseinandersetzungen, so muss die Unterdrückung der Frauen verschärft werden, um den Feind abzuwehren.

Dies ist der Grund, warum es unter dem System der Islamischen Republik keine Frauenbewegung als getrenntes Feld der Politik geben kann.

Die Befreiung der Frau im Iran ist dagegen identisch mit dem Sturz des iranischen Regimes.

Der Text basiert auf dem Vortrag, der am 20. Mai 2019 gehalten wurde.

DIE IRAN-LOBBY UND DIE SITUATION DER EXIL-OPPOSITION

Dr. Kazem Moussavi (Green Party of Iran)

1)

Die Motivation meines Vortrages ist es, eine Stimme der protestierenden Menschen auf den Straßen des Iran und der Exil-Oppositionellen gegen die deutsche Appeasement-Politik zu sein. Deren Folge ist, dass deutsche Politiker und die Justiz ausgerechnet in dem Land, das den Holocaust zu verantworten hat, den Stellvertreterinstitutionen des iranischen Regimes, das permanent den Holocaust leugnet, erlauben, seinen antisemitischen Aufruf zur Vernichtung Israels: den Al Quds-Marsch, durchzuführen.

74 Jahre nach dem Ende der Nazi-Herrschaft sollen immer noch Rufe nach der Vernichtung von Juden auf deutschen Straßen erlaubt sein! Der Al Quds-Tag der Ayatollahs ist ein Aufruf zum Verbrechen gegen die Menschheit. Dieser Marsch wird in Deutschland unter der Meinungsfreiheit bewilligt und legitimiert.

Darüber hinaus sind der Antisemitismus und die Vernichtungsdrohungen der Mullahs gegen Israel und die Menschenrechtsverletzungen im Iran untrennbar miteinander verbunden. Das antisemitische Regime bekämpft alles, was es als Auswüchse des Judentums betrachtet: das Ablegen des Kopftuches, Feminismus, Homosexualität, die Moderne, die universellen Menschenrechte und die Freiheitsbewegung im Iran. Sie seien durch die USA und Israel gesteuert, um den Gottesstaat im Iran abzuschaffen. Durch die Erlaubnis der deutschen Behörden zur Durchführung des antiisraelischen Marsches wird der Terror des islamistischen Regimes gegen die iranische Bevölkerung gefördert.

Der schiitische Vernichtungsantisemitismus bietet ein Dach für die schlimmsten Formen und Praktiken des Antisemitismus, die es heutzutage gibt. Er ist eine Verbindung aus altem und neuem Antisemitismus und tief im Glauben verankert, als zentraler Motor des Jihadismus. Der islamische, im Koran begründete Antijudaismus betrachtet die Juden als Feinde des Propheten Mohammad, dem Verkünder der letzten und vollendetsten Religion: dem Islam, und bezeichnet sie als nicht erleuchtet, unrein und bösartig.

Der Antijudaismus des schiitischen Systems mündet in seiner politischen Praxis in ein Amalgam aus religiösem Judenhass und einen in Europa seit dem späten 19. Jahrhundert entwickelten Antisemitismus, dessen Kulminationspunkt der deutsche Vernichtungsantisemitismus war. Wie Hitler bezeichnen die iranischen Machthaber die Juden als Agenten Amerikas und der verderblichen westlichen Zivilisation, als dekadent und als unrettbar und daher nicht überlebenswürdig. In diesem Rahmen propagieren sie auch, dass die Juden die Homosexualität, Emanzipation und den Feminismus erfunden hätten, um die schiitisch-islamischen Menschen ins Verderben, in die Hölle zu treiben.



Die paranoiden Verschwörungstheorien der Nationalsozialisten, die dem deutschen Vernichtungsantisemitismus eine breite Basis verschafft hatten, finden sich in der Propaganda des Regimes wieder, das die Juden oder die Zionisten oder Israel zur Wurzel aller internationalen Probleme erklärt und für alle Gräuel in der Welt verantwortlich macht. Sie seien die Marionettenspieler hinter jeglichen Auseinandersetzungen in der islamischen Welt.

Das Regime, das selbst auf Basis religiöser Geschlechter-Apartheid-Politik im Iran herrscht, propagiert, dass Zionismus gleich Rassismus sei. Was mit einem Blick auf die Realität in Israel leicht zu widerlegen ist. Die Ayatollahs leugnen den Holocaust, um ihren Antizionismus, Antisemitismus und ihre Agenda der Vernichtung des jüdischen Staates zu legitimieren. Mit dieser Position identifizieren sich viele Rechtspopulisten, Rechtsradikale und Neonazis und kooperieren mit den Mullahs.

Aus dieser Paranoia generiert sich auch die absurde Politik antiimperialistischer, antizionistischer und kulturrelativistischer Linker, die Israel als Repräsentanten oder Strippenzieher des amerikanischen Imperialismus betrachten, während das antisemitische Ressentiment beispielsweise bei den kriegerischen Unternehmungen der islamischen Republik im Irak, Syrien, Libanon, Jemen, Bahrain und gegen Israel ignoriert respektive unterstützt wird. Diverse antiisraelische Kulturrelativisten und antiimperialistische Linke marschieren auch in Deutschland im Sinne der angeblichen Verteidigung von Palästinensern alljährlich gemeinsam mit Regime-Anhängern, der Hizbollah und Rechtsextremisten beim antisemitischen Berliner Al Quds-Tag Khomeinis mit oder kooperieren mit der vernichtungsantizionistischen BDS-Kampagne, während sie sich im Kontext absurderweise vehement für die Abschaffung der Sanktionen gegen das iranische Terrorregime engagieren.

Die islamische Republik hat die traditionell "guten" deutschen Beziehungen zum Iran genutzt und in Deutschland ein komplexes und gut organisiertes Netz von Lobbyisten, religiösen Institutionen, Tarnfirmen, Agenten, Bankiers und Presse aufgebaut, die im Sinne der Ziele des Regimes aktiv sind. Hierfür werden sie sich im Bedarfsfall regelmäßig voneinander distanzieren, um ihre Handlungs- und Wirkungsfelder in Deutschland zu sichern und auszuweiten.

Ihre regimestärkenden Aktivitäten werden vom Regime und der deutschen Politik und Wirtschaft unterstützt und stellen eine Gefahr für die Sicherheit und Demokratie hierzulande dar. Die Iran-Aktivitäten der Lobbyisten müssen umgehend eingestellt werden. Das geht nicht ohne intensive Proteste von Exiliranern und antifaschistischen Kräften, auch gegen das Schweigen vieler deutscher Menschenrechtsorganisationen und angeblich irankritischer und Israel unterstützender Politiker und Journalisten gegenüber dem Werkzeug des Appeasement: Iran-Lobbyismus.

Die Lobbyisten versuchen, den iranischen Fundamentalismus, Antisemitismus und Terrorismus in Deutschland sowie die deutschen Geschäfte, die auch mit den Firmen der Revolutionsgarde und Stiftungen des Revolutionsführers geführt werden, zu tarnen, die Sanktionen gegen das Regime zu verhindern und die iranischen Oppositionellen und Systemgegner zu spalten und zu schwächen, sie zu verleumden und zu kriminalisieren. Dagegen öffentlich vorzugehen, hat die Regime-Change-Opposition keine Möglichkeit, da ihr der Zugang beispielsweise zu deutschen Medien - im Kontext der Iran-Politik der Bundesregierung - verwehrt wird.

Regime-Lobbyisten - iranischer, deutscher und anderer Herkunft -, sind in der Politik, der Wirtschaft, den Medien, den Stiftungen der Parteien und an Universitäten aktiv. Sie sind gern gesehene Berater der Think Tanks der Regierung, der Parteien und der Wirtschaft und auch als angebliche Regimekritiker Referenten bei Veranstaltungen der Stiftungen, bei DGAP, SWP, NUMOV, den Körber-, Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Rosa-Luxemburg-, Heinrich-Böll-Stiftungen.

Die Lobbyisten haben versucht, durch Desinformation die Politik und Öffentlichkeit zu täuschen. Sie suggerieren, dass mit politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zugunsten vermeintlicher Reformer, Rafsanjani, Khatami und Rouhani, im System dessen Liberalisierung und eine Annäherung an die Interessen des Westens realisierbar sei. Gleichzeitig arbeiten sie daran, demokratische Oppositionelle im Exil unsichtbar zu machen, um die Aufmerksamkeit der Politik und der Öffentlichkeit von Oppositionsgruppen, die die Abschaffung des Systems vorantreiben, abzulenken. Stattdessen soll die Lobby-Politik dafür sorgen, dass mit dem angeblich die Stabilität in der Region erhaltenen Regime in Teheran weiterhin politisch verhandelt und Wirtschaftsbeziehungen gepflegt werden können. In dem Sinne werden Quellen herangezogen, die einschlägig dafür bekannt sind, Fake-News zu verbreiten. Es gibt außerdem unter den Parlamentariern Iran-Lobbyisten. Mannigfal-

tig sind zum Beispiel die Verbindungen AfD-Abgeordneter oder deren Mitarbeiter im Bundestag zum Iran, beispielsweise derer mit direkter oder indirekter Verbindung zum "Deutschen Zentrum für Eurasische Studien". Ich habe sie als Iran-Russland-Connection bezeichnet (siehe Blog: Iran Appeasement Monitor), die den gefährlichen Einfluss des iranischen Regimes auf die deutsche Politik maßgeblich verstärkt und dem Iran-Lobbyismus eine neue Dimension verleiht. Neurechte und AfD- Politiker verlieren öffentlich kaum ein Wort über die Menschenrechtsverletzungen der islamischen Republik im Iran. Ihre Islamkritik richtet sich nicht gegen den Schiismus, sondern nahezu ausschließlich gegen den Salafismus und die Sunniten. Sie ignorieren außerdem weitgehend die maßgebliche Rolle Irans in dessen langjährigem hegemonialen Krieg im Nahen Osten, in der Entstehung des IS im Irak und in Syrien und die damit verbundenen terroristischen Aktivitäten des islamischen Staats und der Salafisten im Westen sowie der Flucht von Millionen Menschen nach Europa.

Ich bin mit vier Klagen eines Iran-Wirtschaftslobbyisten, Dawood Nazirizadeh (Mitglied der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung und - ehemaliges - Vorstandsmitglied der IGS sowie Leiter der Wiesbadener Integrations-Akademie und offizieller Ansprechpartner der Kontaktstelle für die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Iran) betroffen, die zum Ziel hatten, mich mundtot zu machen. Dies habe ich am 18. September 2018 in einem offenen Brief an die deutsche Politik und die Medien mitgeteilt (siehe Iran Appeasement Monitor, Ruhrbarone, Humanistischen Pressedienst). Diesbezüglich haben sich bisher die deutschen Politiker und die deutsche Presse still verhalten!

Der Kläger hat in den Anklageschriften Bilder von sich mit Kanzlerin Merkel, Wirtschaftsminister Peter Altmaier, Sigmar Gabriel, dem früheren Innenminister Thomas de Maizière und dem Bundestagspräsidenten Norbert Lammert sowie weiteren Politikern vorgelegt. Und als seinen Klagevertreter hat er den Anwalt von Sprenger engagiert. Von Sprenger hat unter anderen zeitweise den türkischen Präsidenten Erdogan gegen Jan Böhmermann, Jürgen Elsässer gegen Jutta Ditfurth, Milli Görus und den Holocaustleugner David Irving verteidigt.

Durch die Indienstnahme deutscher Politiker und mit der Inanspruchnahme der deutschen Justiz die Meinungsäußerung eines aktiven Oppositionellen, die ihm von den Mullahs im Iran verboten wird, im Exil einzuschränken oder gar zu verbieten, ist ein Geschenk für das iranische Zensur-Regime.



51

Als iranischer Oppositioneller kritisiere ich die Bundesregierung hinsichtlich ihres Beharrens auf das gefährliche Atomabkommen von 2015. Sie stellt sich gegen die Aufkündigung des Atomdeals durch die USA und deren jüngste Iran-Sanktionen, ohne ein Wort über die Lücken und gravierenden Folgen des Deals zu verlieren.

Der fundamentale Fehler des Wiener Atomdeals 2015 war, dass dessen Implementierung nicht mit der Einstellung der Hinrichtungen und Menschenrechtsverletzungen im Iran verbunden wurde. Unter Rouhani und nach dem Deal wurde die Hinrichtungspolitik sogar noch intensiviert, unter den Opfern sind über 90 Frauen und Dutzende von Jugendlichen. Die aus der Abschaffung der Sanktionen resultierenden Milliarden flossen in die Terrorpolitik und in Raketenprojekte, während die Bevölkerung immer ärmer wird. Überdies wurde dem Regime erlaubt, den Atomwaffensperrvertrag und den Nichtverbreitungsvertrag nicht sofort, sondern erst 2024 zu ratifizieren, und die Infrastrukturen zum Bau der Atombombenraketen in den Militäranlagen wie Parchin, sind nicht zur unangemeldeten Kontrolle freigegeben. Die fünfzehn- bis zwanzigjährige Frist des Deals garantiert das Weiterbestehen des Terror-Regimes und danach könnte das Regime vom Westen die modernste Atomtechnologie bekommen und so zur Bombe gelangen.

Die Bayerische Verfassungsschutzbehörde teilte Ende Mai 2019 mit, dass der Iran versucht, sich auf dem deutschen Markt Materialien zum Bau von Massenvernichtungswaffen zu verschaffen. Außerdem wurden nach dem Deal ballistische Raketen mit über 2000 km Reichweite entwickelt und getestet, was die Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrats zum Abkommen verletzt und eine potenzielle Bedrohung für Israel und Europa darstellt. Auf den Raketen steht auf hebräisch "Israel ist zu vernichten"!

Diesen gefährlichen Deal will die Bundesregierung trotz allem aufrechterhalten. In diesem Sinne hat Bundesaußenminister Heiko Maas während seiner Iran-Reise im Juni 2019 - laut iranischer Presse - dem Regime versichert, das sogenannte europäische INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges) zu realisieren, damit die US-Sanktionen für Iran-Geschäfte umgangen werden können. INSTEX ermöglicht Handel zwischen deutschen und iranischen Firmen in den Sektoren Landwirtschaft, Nahrungsmittel und Medizin, zu denen – im korrupten staatlichen Wirtschaftssystem im Iran – zwangsweise auch solche mit Verbindungen zu den mit US-Sanktionen belegten Betrieben der Stiftungen des Religionsführers, Ali Khamenei und der Revolutionsgarden gehören.



Das Regime zögert noch, die Bedingung für INSTEX, die internationalen Regularien der Financial Action Task Force (FTAF) für die Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche, Proliferations- und Terrorismusfinanzierung zu ratifizieren. Darüber hinaus fordert es im Rahmen von INSTEX, die iranischen Ölimporte und Banken-Transfers mit einzubeziehen, während die Zentralbank von der US-Regierung und der FAFT mit Sanktionen belegt ist. Das skandalöseste Akt war, dass die Bundesregierung den ehemaligen Botschafter im Iran, Bernd Erbel, zum INSTEX-Chef berufen hatte. Erbel hatte zuvor ein langes Interview mit dem bekannten Verschwörungstheoritiker Ken Jebsen gegeben. Erbel verharmloste im Interview die Unterdrückungspolitik im Iran und verteidigte die Raketenprogramme der Mullahs. Darüber hinaus war Erbels Position gegenüber Israel den Holocaust verharmlosend. Nach Bekanntwerden des Interviews musste Erbel seinen Posten abgeben.

Der Revolutionsführer Ali Khamenei propagiert "weder Krieg noch Dialog" und gibt vor, auf "strategische Geduld" zu setzen, um Zeit zu gewinnen, darauf spekulierend, dass in zwei Jahren ein anderer US-Präsident die Sanktionen wieder rückgängig machen wird. Jenseits davon steht das Regime gerade vor dem ökonomischen Bankrott und ist mit wachsenden Protesten der zunehmend verarmenden Iraner konfrontiert. In der Folge der deutschen und europäischen Iran-Politik, die den US-Sanktionen entgegensteuert, ist die Intensivierung von Terror und der nun unbegrenzt möglichen Urananreicherung sowie Sabotageakten im Golf. Ziel ist es USA und den Westen einzuschüchtern und zur Abschaffung der Öl-Sanktionen zu zwingen oder bei einem Gespräch mit den USA einen für das Regime profitablen neuen Deal zu erreichen. Das ist die einzige Möglichkeit für das islamistische Regime, sich an der Macht zu halten.

In diesem Sinne ermöglicht die vermeintliche Drohkulisse eines US-Krieges dem Iran, sich als Opfer der US-Politik darzustellen, obwohl jeder weiß, dass weder Trump noch Europa für einen Krieg gegen das Regime sind. Darüber hinaus ist - laut US-Präsident Trump - das Ziel seiner Iran- und Sanktionspolitik kein Regime Change, sondern letztendlich, das Regime zu Gesprächen über einen neuen Deal zu zwingen. Es ist inzwischen keine Rede mehr von der Einhaltung der vom US-Außenminister angekündigten 12 Bedingungen, in denen bedauerlicherweise nicht die strikte Einhaltung der Menschenrechte im Iran gefordert wurde.

Sinnlose Vermittlungsgespräche des deutschen Außenministers und Frankreichs oder mögliche heimliche US-Gespräche mit dem unverbesserlichen religiösen Mörder-Regime, das keine legitime Vertretung der iranischen Bevölkerung ist, dürfen nicht geführt werden. Das Regime wird zudem die zeitaufwendigen Verhandlungen des von Deutschland verfolgten Streitschlichtungsverfahren im Deal nutzen, um weiterhin seine Betrugs- und Verschleierungspolitik voranzutreiben.





Der Garant für Frieden und die Verhinderung einer ideologisch bedingten atomaren Bewaffnung der apokalyptischen Ayatollahs ist - neben der Erweiterung der US-Sanktionen gegen das Regime - die konsequente Unterstützung der iranischen Freiheitsbewegung, die von mutigen Frauen geführt wird. Im Iran wird gerufen: "Reformisten und Hardliner, eure Zeit ist vorbei! Wir wollen Brot, Arbeit und Freiheit! Tod den Tyrannen! Diese Regimechange-Stimme der Iraner muss vom Westen gehört und respektiert werden.

9)

Es mangelt derzeit aufgrund von 40 Jahren Repressionspraxis an einer organisierten Alternative. Frauen sind die tatsächliche Opposition. Sie sind aber nicht umfassend organisiert und müssen unterstützt werden. Mittlerweile sind die Teheraner Frauenproteste gegen den Hijab auch in den Provinzen angekommen. Frauen prägen zudem die Proteste der Arbeiterbewegung sowie die wachsenden Umwelt-Proteste der Nichtregierungsorganisationen. Außerdem fordern die Frauen die bisher klientelpolitischen Studentenproteste heraus, indem sie gegen die Zwangsverschleierung und Sittenregelungen an den Universitäten kämpfen. Darüber hinaus ist die ostentative Teilnahme von Frauen an den Streiks von Arbeitern, Lehrern und Krankenhauspersonal und Rentnern aufgrund nicht ausgezahlter Löhne und Pensionen sowie den virulenten Protesten gegen staatlichen Anlagebetrug richtungsweisend. All diese Proteste werden sich früher oder später als eine politische Massenbewegung formieren.



Um die iranische Freiheitsbewegung effektiv zu unterstützen, müssen in Deutschland unter anderem insbesondere die gegen Antisemitismus sich einsetzenden Antifaschisten mit den iranischen demokratischen Oppositionellen, wie die Green Party of Iran, versuchen, die deutsche Appeasement-Politik zu beenden. Hierzu müssen auch die Jugendorganisationen der deutschen Parteien aktiv werden. Es sind regelmäßige Protest-Kundgebungen sowie ein organisiertes und medial aktives "Bündnis für Unterstützung der Iranproteste und gegen Appeasement" dringend notwendig.

Der Text basiert auf dem Vortrag, der am 13. Mai 2019 gehalten wurde.

DABEI SEIN IST ALLES: DEUTSCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN MIT EINEM TERRORREGIME

Ulrike Becker

(Mideast Freedom Forum)

Das kontroverse Iran-Geschäft deutscher Firmen ist heute vor allem ein politisches Projekt. Aus Angst vor US-Sanktionen haben sich viele deutsche Firmen weitgehend aus dem Geschäft zurückgezogen. Im ersten Halbjahr des Jahres 2019 fielen die Exporte um 48% auf ein historisches Tief von unter 700 Mio. Euro.

Die Handelsbeziehungen mit der Mullah-Diktatur sind zudem in das Zentrum transatlantischer Konflikte gerückt. Auf der einen Seite stehen die USA, die das Nuklearabkommen mit dem Iran im Mai 2018 verlassen haben und seitdem eine Strategie des "maximalen Drucks" gegen das iranische Regime verfolgen. Das erklärte Ziel der Trump Administration ist es, das iranische Regime zu neuen Verhandlungen zu zwingen. Der Iran soll dabei vollständig und ohne zeitliche Limitierungen auf sein Atomprogramm und die Urananreicherung verzichten und sein Raketenprogramm abbauen, welches insbesondere Israel bedroht. Die USA wollen einen Stopp der Unterstützung von Terrororganisationen und Milizen in der Region erzwingen und ein Ende der militärischen Einmischung Irans in seinen Nachbarstaaten, vor allem Syrien, Irak und Jemen. Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), wie das Nuklearabkommen mit dem Iran heißt, spart fast alle diese Punkte aus.

Auf der anderen Seite steht die EU, deren Regierungen am Nukleardeal festhalten, und damit auch am Geschäft, denn die Nuklearvereinbarung sah nicht nur den Wegfall von Sanktionen vor. sondern verordnete den westlichen Partnern ausdrücklich die Förderung des Iran-Geschäfts, u.a. mit staatlichen Kreditbürgschaften. Die europäischen Regierungen unterstützen ihre Firmen daher darin, die US-Sanktionen zu umgehen. Führend ist dabei Deutschland, seit Jahrzehnten der wichtigste westliche Handelspartner des Regimes. Bevor ein Blick darauf geworfen wird, wer die Treiber des deutschen Iran-Geschäfts sind und wer davon im Iran profitiert, soll zunächst erläutert werden, wie die Bundesregierung die intensive Förderung des Geschäfts mit dem einzigen Staat der Welt rechtfertigt, der sich die Zerstörung des Staates der Überlebenden der Shoah und ihrer Nachkommen auf die Fahnen geschrieben hat. Die Bundesregierung ist stolz auf die diplomatische Verhandlungsleistung des Irandeals, der vom Auswärtigen Amt bis heute als "Sternstunde der Diplomatie" bezeichnet wird. Der Deal sicherte der Exportnation Deutschland die Wiederankurbelung des vielversprechenden Iran-Geschäfts und entsprach darüber hinaus dem Selbstverständnis einer Zivilmacht, dem Einsatz für eine "regelbasierte internationale Ordnung", was laut Webseite des Auswärtigen Amtes zu den "Grundprinzipien deutscher Außenpolitik" gehört. Die Bundesregierung bemüht vor allem drei Argumente, um die Politik der Kooperation mit dem iranischen Regime zu rechtfertigen: Sicherheit, Stabilität, Wandel im Inneren. Keines dieser drei Ziele wird iedoch erreicht.

https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regionaleschwerpunkte/nahermittlererosten/wiener-nuklearvereinbarung-atomprogramm-

Zunächst zur Sicherheit: Eine Atombombe in den Händen eines ideologisch getriebenen, islamistischen Regimes, das Israel vernichten will, ist ein Horrorszenario. Dennoch gestattet der Deal nicht nur die Urananreicherung und deren Weiterentwicklung, er verhindert auch IAEA-Inspektionen bei militärischen Anlagen, lässt dem Regime beim Ausbau seines Raketenprogramms alle Freiheiten und läuft nach wenigen Jahren aus. Ein Waffenembargo der UNO, das die Lieferung konventioneller Waffen an den Iran verbietet, endet bereits im Dezember 2020. Der Nukleardeal verhindert also keinesfalls den Weg zu einer iranischen Bombe, sondern sichert ihn politisch und finanziell ab, indem er den Iran zum Vertragspartner des Westens macht, das Atomprogramm prinzipiell legitimiert und dem Regime die Devisen verschafft, die es zur Erstellung der Bombe braucht. Ebenso illusionär ist die Vorstellung, der Deal sei ein "Garant für Stabilität" in der Region. Doch genau dies wird bis heute auf der Webseite des Auswärtigen Amtes behauptet. Geradezu euphorisch erklärte Frank-Walter Steinmeier im September 2016, er "werde nie vergessen, wie John Kerry nach der Unterzeichnung [des Abkommens] sagte: ,wir haben einen Krieg verhindert!" Das Abkommen verhinderte möglicherweise einen Militärschlag auf iranische Atomanlagen durch die USA oder Israel, zerstörerische (und destabilisierende) Kriege in der Region verhinderte es jedoch nicht, im Gegenteil. Dies zeigte sich nur wenige Tage nach Unterzeichnung des JCPOA im Juli 2015. Direkt nach Abschluss des Abkommens flog Qassem Soleimani, der Kommendeur der iranischen Quds-Brigaden, nach Russland, um dort mit Präsident Wladimir Putin das weitere Vorgehen im

https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/2.1687/80-000-arbeitsplaetzedurch-iran-exporte-nach-ende-von-sanktionen-14103294.html

Syrien-Krieg zu planen. Durch das Nuklearabkommen fühlte sich das iranische Regime durch die politische Rückendeckung des Westens gestärkt und intensivierte in Kooperation mit der russischen Führung und der aus Teheran gesteuerten Hisbollah den Krieg in Syrien. Nachdem die Zahl der dort getöteten Menschen im April 2018 auf 500.000 geschätzt wurde, haben viele Organisationen die Zählung aufgegeben. Die UNO bezeichnete die durch den Krieg ausgelöste Flüchtlingskrise als die schlimmste seit dem Völkermord in Ruanda in den 1990er-Jahren.

Die Parole "Wandel durch Handel" steht für eine dritte Illusion. Das Bonmot ist aus dem politischen Diskurs weitgehend verschwunden, zu offensichtlich ist die Idee im Falle des Iran gescheitert. Nur noch in Wirtschaftskreisen dient sie der Rechtfertigung des Geschäfts. Dennoch hatte auch die Bundesregierung gehofft, dem als Reformpräsidenten wahrgenommenen Hassan Rohani mit dem Deal den Rücken zu stärken; er sollte die freiwerdenden finanziellen Mittel zur Modernisierung der Wirtschaft, zur Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft und zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung nutzen. Dadurch sollten die "moderaten" Kräfte des Regimes gestärkt werden, sodass eine generelle Liberalisierung des theokratischen Systems entstehen könnte. Von dieser – ohnehin illusionären - Hoffnung ist nichts übrig geblieben. Die Menschenrechtssituation hat sich unter Rohani verschlimmert, die Proteste und Streiks von Arbeitern, deren Löhne entweder gar nicht oder extrem verspätet gezahlt wurden, wurden vom Regime brutal niedergeschlagen. Zudem ist inzwischen belegt, dass vor allem die Wirtschaftsimperien der Revolutionsgarden sowie die vom Regime kontrollierten, steuerbefreiten religiösen Stiftungen vom Wegfall der Sanktionen profitierten - und nicht die private Wirtschaft. Die Nachrichtenagentur Reuters legte zu Beginn des Jahres 2017 eine Studie vor. derzufolge von knapp 110 Wirtschaftsabschlüssen, die nach dem Atomdeal im Juli 2015 abgeschlossen worden waren, lediglich 17 an private Firmen gingen. 90 Deals mit einem Gesamtumfang von mindestens 80 Milliarden US-Dollar wurden dagegen mit Unternehmen abgeschlossen, die im Besitz oder unter der Kontrolle staatlicher iranischer Instanzen standen. Das heißt: von der Wiederbelebung des Handels nach dem Abschluss des JCPOA profitierte fast ausnahmslos der autoritäre Staat, oder auch die "Hardliner", die die Bundesregierung angeblich gerade nicht fördern will. Genau dieses Ergebnis war zu erwarten gewesen, denn die iranische Wirtschaft liegt zu circa 70-80% in staatlicher Hand.

Reuters zufolge waren u.a. deutsche Firmen an diesen Abschlüssen führend beteiligt. In deutschen Wirtschaftskreisen herrschte nach Wegfall der Sanktionen eine Art Goldgräberstimmung. Volker Treier, Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), erwartete euphorisch, wegen der Ausnutzung der gewaltigen iranischen Rohstoffvorkommen die deutschen Exporte von gut zwei auf zehn Milliarden Euro verfünffachen zu können. So könnten in Deutschland 80.000 Arbeitsplätze entstehen, behauptete er.² Inzwischen macht sich wegen der US-Sanktionen jedoch Katerstimmung breit. Zwischen 60 und 100 deutsche Firmen sind laut Dagmar von Bohnstein, Geschäftsführerin der deutsch-iranischen Handelskammer in Teheran, aber noch immer mit einem Büro oder einer Niederlassung im Iran repräsentiert. Interesse haben ihr zufolge

jedoch deutlich mehr. 2.300 Mitglieder, darunter iranische und deutsche Firmen, sind als Mitglieder der Außenhandelskammer in Teheran registriert. Und unter den 200 Firmen, die 2010 in einer Broschüre der deutsch-iranischen Außenhandelskammer aufgeführt waren, finden sich neben größeren und kleineren Global Playern wie Siemens, ThyssenKrupp, BASF, Bayer oder der Festo AG mit Stammsitz in Esslingen auch mittelständische und kleinere Unternehmen.³ Welche Firmen heute noch am Iran-Geschäft festhalten, ist über die Webseite der Handelskammer, anders als noch im Jahr 2010, nicht mehr zu ermitteln. Angesichts der US-Sanktionen halten sich Firmen und Handelskammer online bedeckt. Die wichtigsten deutschen Exportprodukte in den Iran sind jedoch traditionell Maschinen, Eisen- und Stahlerzeugnisse, chemische Erzeugnisse, Elektrotechnik, Hochtechnologie und KFZ.

Russland, Nigeria und China sind andere Beispiele dafür, dass die Idee von "Wandel durch Handel" mit autoritären Regime nicht funktioniert. Der Fall China macht das Gegenteil besonders deutlich: Je stärker das Land wirtschaftlich wird, desto selbstbewusster setzt es auch international seine autoritäre Agenda durch. Dies ist eine Bedrohung auch für demokratische Kräfte im Iran. So half der chinesische Telekommunikationskonzern ZTE, und laut Reuters auch Huawei dem Mullah-Regime bei der Repression der Opposition mit Überwachungstechnologie made in China.

Warum sich die deutsche Gesellschaft an der Stabilisierung der autoritären islamistischen Herrschaft im Iran beteiligen sollte, kann die Bundesregierung nicht schlüssig beantworten. Was an Argumenten übrig bleibt, ist die Idee, trotz aller Problematik im Gespräch – und vor allem im Geschäft – zu bleiben, selbst wenn damit weder Sicherheit noch Stabilität noch ein Wandel im Inneren erreicht werden kann.

Es bleiben die Profitinteressen der Firmen. Um diesen zu entsprechen, tut die Bundesregierung einiges im Bereich der Außenwirtschaftsförderung. Zwischen 2016 und Ende 2018 wurden 58 Iran-Geschäfte im Wert von fast einer Milliarde Euro mit staatlichen Hermes-Bürgschaften unterstützt. Die Außenhandelskammern (AHK) wurden im Jahr 2018 mit knapp 50 Mio. Euro gefördert. Die AHK Iran bietet deutschen und iranischen Firmen Marktanalysen an, organisiert Delegationsreisen in den Iran (und für iranische Firmen nach Deutschland), unterstützt Messestände, bietet Firmen Besprechungsräume an wie komplette "office in office"-Lösungen, bei denen die AHK von Korrespondenz über IT und Webpräsenz sogar die Buchführung für die am Irangeschäft interessierten Firmen übernimmt. Die Bundesregierung unterstützt das Iran-Geschäft daneben auch durch Zugang zu Industrie- und Handelsmessen im Iran. Ein Gemeinschaftsstand deutscher Unternehmen, der "German Pavilion", sichert deutschen Firmen durch die Unterstützung des Bundes eine günstige Beteiligung an Messen im Iran. So präsentiert der Bund bei Messen im Iran die Produkte und Dienstleistungen deutscher Firmen neben Firmen, die zum wirtschaftlichen Im-

perium der Revolutionsgarden gehören. Der German Pavilion war zum Beispiel auf der letzten "Oil-Show" des Iran vertreten.

Am stärksten betroffen von den US-Sanktionen ist jedoch der Bankensektor und die Finanzierung des Iran-Geschäfts. Abhilfe soll das "Instrument in Support of Trade Exchanges" (INSTEX) schaffen, eine im Jahr 2019 von Mitgliedsstaaten der EU gegründete Zweckgesellschaft. Dieses Instrument soll den Zahlungsverkehr für Iran-Geschäfte abwickeln und Forderungen europäischer und iranischer Unternehmen miteinander verrechnen, ohne dass ein Zahlungsverkehr über die iranische Grenze besteht. So weit die Theorie. In der Praxis ist bisher über Instex kein einziges Iran-Geschäft abgewickelt worden. Eines der Probleme ist, dass der Iran auch bei der "Financial Action Task Force" (FATF), einer internationalen Einrichtung zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, als "nicht kooperierendes Hochrisikoland" gilt. Die deutsche Bankenaufsicht Bafin schreibt deutschen Banken deshalb vor, die Herkunft von Geldern bei Iran-Geschäften genau zu klären. Die aufwändigen und kostspieligen Prüfungen gelten im Prinzip auch für Instex, und stehen dem Iran-Geschäft im Weg.

Theoretisch könnte der Iran die Gesetze gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung ganz einfach unterschreiben, dann stünde der Finanzierung durch Instex nichts weiter im Weg. Die Frage der Unterstützung von Terrororganisationen berührt jedoch das Selbstverständnis der Islamischen Republik, und die Frage, wie mit den Anforderungen der FATF umzugehen ist, ist seit zwei Jahren im Iran hoch umstritten. Ali-Akbar Velayati, einer der wichtigsten Berater des Obersten geistlichen Führers Ali Khamenei, steht für eine Hardliner-Position und Konfrontation mit dem Westen. Es liege nicht im nationalen Interesse Irans, sich den Vorgaben der FATF zu beugen, da dies die iranischen "Kampagnen gegen den Zionismus" in Palästina und im Libanon behindere, erklärte er und forderte eine "Politik des Widerstands" gegen die FATF. Außenminister Javad Zarif sprach sich für Maßnahmen gegen Geldwäsche aus, doch in der Unterstützung von terroristischen Gruppen, die gegen Israel kämpfen, herrscht unter den islamistischen Eliten Irans Einigkeit, Erst im Februar 2019 traf sich der im Westen als moderat geltende iranische Außenminister mit Mitgliedern der Hisbollah, der Hamas, und des Palästinischen Jihad in Beirut. Der EU schlug man deshalb einen Kompromiss vor: Gruppierungen, die gegen eine "fremde Besatzung" sowie gegen "Kolonialismus und Rassismus" kämpfen, sollten von der Definition als Terrorgruppen ausgenommen werden. Doch dieser Vorschlag wurde von der EU nicht akzeptiert. Zu offensichtlich sollte diese Formulierung dazu dienen, die Hisbollah auch in Zukunft unterstützen zu können.

Instex, und damit auch der deutsch-iranische Handel im großen Stil, scheitert also bisher an der Kernideologie des Regimes: dem aggressiven Export der islamischen Revolution und dem Plan der Zerstörung Israels. Solange sich die EU an ihre eigenen Regularien hält, wird der Ringhandel auf europäischer Ebene nicht funktionieren. Der Streit um die Regularien der FATF spiegelt im Detail wieder, was die Beziehungen zum Iran generell charakterisiert: Der Handel mit diesem Regime stärkt die autoritäre Führung und zementiert die Macht der islamistischen Eliten, die am Ziel der Vernichtung Israels festhalten, wie an den Prinzipien der Diktatur und der Unterdrückung jeglicher individueller Freiheit im Iran.

SCHIITISCHER ISLAMISMUS IN BERLIN UND DER ALQUDS-TAG Emanzipative & Antifaschistische Gruppe

Einmal im Jahr versammeln sich die Anhänger*innen des Iranischen Regimes auf Berlins Straßen, um den Al Quds-Tag zu begehen. Sie fordern dabei die islamische Eroberung Jerusalems und verklausuliert die Zerstörung des jüdischen Staates Israel. Trotz des Verbotes von Hizbollah-Symbolen wurde der Terrororganisation auch in den letzten Jahren gehuldigt. Der Hauptorganisator, Jürgen Grassmann von der Quds-AG, bezeichnete sie als einen Verbündeten. Auch wenn der Al Quds-Marsch mit seinen bis zu 1500 Teilnehmer*innen eine bundesweite Veranstaltung ist, lohnt sich ein Blick auf die Berliner Strukturen, die an der Organisation beteiligt sind.

Wer organisiert den Aufmarsch?

Ausrichterin des Al Quds-Marsches ist die Quds-AG. Sie nennt sich selber "Quds-AG der Islamischen Gemeinden der Schiiten in Deutschland", was eine Nähe zur "Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands" (IGS) aufmacht.

Aber nicht nur der Name, sondern auch das Erscheinen von Vertreter*innen der IGS untermauert diese Einschätzung. Die IGS gilt als streng Iran-hörig und ihre Vertreter*innen sind eng mit dem Regime in Teheran verbunden. Zentraler Ort der IGS ist das Islamische Zentrum Hamburg (IZH). dem eine relevante Position in der Mobilisierung und Durchführung des Marschs nachgesagt wird. Wichtige Akteure des IZH sind Seyed Mousavi (stellvertretender Leiter des IZH) und Hamidreza Torabi (Sprecher des IZH). Sie nahmen zuletzt 2018 am Al Ouds-Marsch teil. Eine Solidaritätserklärung¹ für Torabi liest sich wie das Who is Who des schiitischen Islamismus in Deutschland und Berlin. Auch die Özgüz-Brüder (Muslim-Markt, Muslim-TV) aus Delmenhorst spielen bei der Mobilisierung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sie nutzen ihre Infound Nachrichtenkanäle für die Bewerbung der Veranstaltung.

Wer nimmt am AlQuds-Marsch teil?

Die meisten Teilnehmer*innen des Al Quds-Marsch kommen nicht aus Berlin, sondern reisen bundesweit mit Bussen an. Diese kommen aus Köln, Hannover, Bochum (über Dortmund), Kassel, Münster, Aachen, Bottrop, Frankfurt aM und Delmenhorst. Sie werden von lokalen schiitischen Organisationen wie dem IZH oder dem Islamischen Zentrum Frankfurt (IZF) gestellt. Sie folgten so den Aufrufen von Imamen in schiitischen Moscheen zur Teilnahme an dem Marsch. Auch linke Antizionist*innen und Neonazis nehmen am Aufmarsch teil, spielen aber organisatorisch und zahlenmäßig keine relevante Rolle.

Wer sind die schiitisch-islamistischen Berliner Akteur*innen?

Die schon benannte Ouds-AG scheint eine kleine Aktionseinheit zu sein, die abseits des Al Ouds-Tags nicht groß in Erscheinung tritt. Jürgen Grassmann ist die exponierteste Person der AG. Er war lange Jahre der Anmelder des Marschs und ist immer noch Hauptredner. Aus seiner Verbundenheit mit dem Iranischen Regime und seiner Unterstützung für die Hizbollah macht er kein Geheimnis. Seine Töchter Nadia und Marvam Somava Grassmann waren ebenfalls in der Vergangenheit in die Durchführung des Marschs eingebunden. Die beiden Schwestern fuhren im Lautsprecherwagen oder sammelten Spenden unter den Teilnehmer*innen. Ihre ideologische Haltung demonstrierte Marvam Grassman, indem sie auf dem Marsch einen Ohrring mit dem Hizbollah-Logo trug. Bis ins Jahr 2005 hinein meldete Bahman Berenjian den Al Quds-Marsch an, dem enge Kontakte zu den Attentätern des "Mykonos"-Attentats auf Iranische Oppositionelle nachgesagt werden.

Das Neuköllner Islamische Zentrum Imam Riza ist ebenfalls in die schiitisch-islamistischen Strukturen eingebunden und ist in den vergangenen Jahren Treffpunkt für auswärtige Teilnehmer*innen des Al Quds-Marschs gewesen.

Auch die Al Mustafa-Moschee ist diesem Netzwerk zuzurechnen. Ihr Imam Sheikh Hassan Shahrour lief 2018 in der ersten Reihe des Al Quds-Marschs. Der Sheikh fiel in der Vergangenheit durch die öffentliche Märtyrer-Huldigung des Hizbollah-Terroristen Samir Kuntar auf.

Neben dem Islamischen Imam Hassan Werk e.V. ist es vor allem die Jugendgruppe Shabab Al-Irschad, die in der Vergangenheit in Verbindung mit militantem Islamismus assoziiert wurde. Während religiöser Veranstaltungen wird dort Ayatollah Chamenei und Khomeini gehuldigt. Der schiitische Verein hat auch Verbindungen zu den "Demokratischen Komitees Palästina e.V." einer Gruppe, die immer wieder auf ihren Veran-

staltungen die Symbole der Terrorgruppe PFLP zeigen. Es erstellte eigens ein Mobilisierungsplakat für den Al Quds-Marsch.

Weitere Berliner Organisationen und Personen, die den Solidaritätsaufruf unterschrieben waren Al-Hassanein, die Moschee Markaz Rasulallah sowie Scheich Hassan Schashur, dem eine Nähe zur Hizbollah nachgesagt wird. Sie zählen zum Inner Cirle der Schiitisch-Islamistischen Organisationen um den Al Quds-Tag.

Allerdings nehmen am Tag selber noch weitere Berliner Akteur*innen teil, die sich vorrangig als Anti-Israelisch verstehen.

Zwar laufen ehemalige Mitglieder der Gruppe "FOR Palestine" oder Mitglieder der Jugendgruppe HIRAK nicht mit beim Al Quds-Marsch, pflegen aber enge Kontakte zu dem "Demokratischen Komitees Palästina e.V.". Der gemeinsame Nenner ist dabei das vereinenende Vorbild PFLP. Ähnlich sieht es auch bei den Gruppen, wie die "Jewish Antifa" oder "BDS-Berlin" aus, die sich zwar vom Marsch distanzieren, aber kein Problem mit Akteur*innen wie den "Demokratischen Komitees Palästina e.V." haben. Hier ist der gemeinsame Nenner der Hass auf Israel.

Fazit

Der AlQuds-Tag stellt das jährliche Schaulaufen des eliminatorischen Antizionismus schiitischer Prägung in Deutschland dar. Er ist ein bundesweites Problem und muss auch so behandelt werden. In den letzten Jahren wurden dabei einige Erfolge erzielt. Der Antisemitismus und die Unterstützung der Hizbollah wurden klar gekennzeichnet und die Organisator*innen an diesen Punkten in die Defensive gedrängt. Es stört sie sichtlich, nur noch chiffriert ihre Inhalte vertreten zu können.

Nun gilt es, andere Hebel anzusetzen. Berliner Antifaschist*innen sind dabei in der Verantwortung, die lokalen Akteur*innen des Israelhasses ins Visier zu nehmen. Nur so kann auch die Mobilisierung zum AlQudsTag effektiv geschwächt werden.

Eine Broschüre der Emanzipativen & Antifaschistischen Gruppe (Berlin)

Mail: eag-berlin@riseup.net Facebook: EAG Berlin

Mit Texten von

Fathiyeh Naghibzadeh Ulrike Becker

Mideast Freedom Forum

Web: https://www.mideastfreedomforum.org

Dr. Kazem Moussavi

Web: http://iraniansforum.com/eu